

Kontingente Kopplung

Postfaktische Kommunikation im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft

von Nils Haacke

33

Ein signifikanter Anstieg postfaktischer Kommunikation innerhalb der Politik nimmt seit einer Weile die Aufmerksamkeit wissenschaftlicher Beobachtung für sich in Anspruch. Die vorliegende Arbeit untersucht dieses Phänomen aus systemtheoretischer Perspektive vor dem Hintergrund der Prinzipien der operativen Geschlossenheit und strukturellen Kopplung sozialer Systeme. In der Praxis sind politische Entscheidungen ständig an Wahrheiten des wissenschaftlichen Systems orientiert. Allerdings zeigt sich, dass es aus der funktional-strukturellen Perspektive der Systemtheorie nach Niklas Luhmann keinen ersichtlichen Grund dafür gibt, warum dies zwangsläufig so sein müsste. Vielmehr sind politische Entscheidungen meist deswegen an die Wahrheit gekoppelt, da sich dies als in hohem Maße funktional erweist. Die schlechtere Nutzbarkeit wissenschaftlicher Wahrheit für die Politik erklärt sich durch einen allgemeinen Anstieg der Komplexität des Wissenschaftssystems. Dies führt zu einer Einschränkung der Funktionalität der Wahrheit im politischen System im Hinblick auf die Legitimation kollektiv bindender Entscheidungen. Da dieses funktionelle Vakuum auf andere Weise geschlossen werden muss, eröffnete sich die Möglichkeit der Entstehung einer einflussreichen postfaktischen Politik.

abstract

Schlagwörter

Postfaktizität; Systemtheorie; Wahrheit; Strukturelle Kopplung; Politik; Wissenschaft

Das neuartige Element postfaktischer Politik

Haben die Chines_innen wirklich den Klimawandel erfunden, um die Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie zu schwächen, wie Donald Trump twitterte? (vgl. Trump 2012) Aus der Perspektive der institutionalisierten Wissenschaft ist man sich einig, dass diese Behauptung nicht der Wahrheit entspricht (vgl. van Dyk 2017: 347). Der gewählte Präsident eines der einflussreichsten Staaten der Welt verkündet regelmäßig in aller Öffentlichkeit haarsträubende Unwahrheiten. Das eigentlich Überraschende dabei ist jedoch nicht, dass Trumps Aussagen inhaltlich falsch sind; denn Lügen waren schon immer Teil der Politik und Strategie des Machtausbaus (vgl. Arendt 2006: 77). Allerdings wäre zu erwarten, dass Lügen innerhalb der politischen Sphäre negative Konsequenzen für ihre_n Urheber_in nach sich ziehen, wenn sie denn entdeckt werden (vgl. Noetzel 1995: 29). Die politische Kommunikation Trumps stößt hingegen vielerorts auf offene Ohren, obwohl sich nicht einmal besonders viel Mühe gegeben wird, den Anschein von Wahrheit zu erwecken (vgl. Frankfurt 2014). Wissenschaftler_innen und Journalist_innen zeigen sich dementsprechend irritiert und beschäftigen sich in der Folge intensiv mit dem Phänomen, welches in der Diskussion oft als *postfaktische Politik* bezeichnet wird (vgl. Paulo 2018: 56). Dieses Label wird

hier als Bezeichnung für das untersuchte Problem übernommen, wenngleich ich mich in einer noch folgenden Definition von einigen Prämissen, die oft in diesem Kontext durch wissenschaftliche Untersuchungen gesetzt werden, abgrenze. Denn auch wenn bereits zahlreiche Erkenntnisse generiert werden konnten, welche insgesamt ein gutes Verständnis des Phänomens postfaktischer Politik ermöglichen (vgl. Hendricks/Veestergard 2019; Müller 2017; van Dyk 2017; Vogelmann 2018), der eigentliche Kern dieser Irritation bleibt ungreifbar und diffus. Wieso kann sich Donald Trump in seiner Funktion als Politiker einen derart leichtfertigen Umgang mit der Wahrheit erlauben? Warum erweist sich seine postfaktische Politik als funktional in dem Sinne, dass sie anschlussfähig an weitere politische Kommunikation bleibt (vgl. Hüllemann 2007: 45ff.), obwohl sie seit langer Zeit existente Spielregeln der Politik ignoriert? Um ein grundsätzliches Verständnis für diese spezielle Form der Politik zu entwickeln, liegt diesem Beitrag eine zugespitzte These zugrunde: Zur Legitimation ihrer Entscheidungen ist die Politik keineswegs derart auf die Wahrheit angewiesen, wie es implizit durch wissenschaftliche Untersuchungen zu postfaktischer Politik unterstellt wird. Stattdessen ist das Wechselverhältnis zwischen Politik und Wahrheit kontingent. Nur wenn diese Kontingenz (Luhmann 1984: 152) nachvollzogen wird, kann das Phänomen der postfaktischen Politik an seiner Wurzel

gefasst, entschlüsselt und das grundsätzliche Unverständnis beseitigt werden.

Niklas Luhmanns Systemtheorie ist ein geeignetes Werkzeug für die entsprechende Analyse. Mit ihr lässt sich darstellen, welche Gestalt das Verhältnis wechselseitiger Beeinflussung zwischen Wahrheit und Politik innerhalb gesellschaftlicher Praxis annimmt. Eine ausgeprägte Verbindung zwischen diesen beiden Feldern besteht zweifelsohne, denn ansonsten würde das Phänomen der postfaktischen Politik überhaupt keine Irritation auslösen. Auf diesen Überlegungen aufbauend lässt sich nachvollziehen, an welcher Stelle der gegenseitige Einfluss von Wahrheit und Politik endet und wie es zur Entstehung einer einflussreichen postfaktischen Politik kommen konnte. Der vorliegende Artikel soll die These in drei Argumentationsschritten veranschaulichen, wobei zuerst die in diesem Kontext relevanten systemtheoretischen Prinzipien eingeführt werden sollen, um einen einheitlichen begrifflichen Rahmen zu schaffen. Im Anschluss daran werden als erster Schritt der Argumentation die konkreten Formen des sinnhaften Austauschs zwischen Wahrheit und Politik skizziert. Hierzu stütze ich mich auf einen Aufsatz von Frieder Vogelmann (2018), der sich wiederum auf Hannah Arendt und Michel Foucault beruft. Der zweite Teil der Argumentation legt den Fokus verstärkt auf das für diese Arbeit zentrale Phänomen der

postfaktischen Politik, wobei insbesondere an die Erkenntnisse von Silke van Dyk (2017) angeschlossen wird. Im dritten Schritt argumentiere ich unter Berufung auf Luhmanns Systemtheorie, dass die Ursache der stark ausgeprägten strukturellen Verknüpfung zwischen Politik und Wahrheit in der hohen Funktionalität der Wahrheit im Hinblick auf die Legitimierung politischer Entscheidungen liegt, wodurch sie keineswegs ein unanfechtbarer Naturzustand innerhalb der Gesellschaft darstellt (vgl. Luhmann 2002a: 92). Nur solange diese Funktionalität geboten ist, kann die Politik ihre Entscheidungen in der Form, wie sie gegenwärtig beobachtbar ist, an der Wahrheit orientieren. Verliert diese Kopplung ihre Wirkmacht, muss dies vom politischen System kompensiert werden, was den Raum für die Entstehung von postfaktischer Politik eröffnet. In einem abschließenden Fazit erfolgt eine Einschätzung der Frage, wie weit die Politik in ihrer Abkopplung von der Wahrheit gehen kann.

Wissenschaft und Politik als soziale Systeme

Da sich die theoretischen Impulse von Vogelmann und van Dyk, die in dieser Arbeit aufgegriffen werden, nicht auf die Systemtheorie beziehen, jedoch ein einheitlicher Begriffsrahmen verwendet werden soll, werden vorab die relevanten systemtheoretischen Prinzipien eingeführt,

auf die sich später zurückbezogen wird. Die in diesem Text zentralen gesellschaftlichen Bereiche der Wissenschaft als Produzentin von Wahrheit und der Politik werden als soziale Systeme verstanden. Soziale Systeme konstituieren sich nach Luhmann (2002b: 35ff.) über Kommunikation, welche Sinn entlang einer binären Codierung strukturieren. Der entsprechende Code der wissenschaftlichen Kommunikation ist dabei die Unterscheidung von Sinn in wahr oder unwahr. Erst als Produkt dieser Unterscheidung entsteht Wahrheit (vgl. Luhmann 1990: 170). Das Äquivalent zur binären Codierung in wahr/unwahr ist in der Politik Machtüberlegenheit/Machtunterlegenheit (vgl. Luhmann 2002a: 88). Macht als Produkt dieser Unterscheidung klärt, wer welche Entscheidung wie effektiv fällen kann (vgl. Luhmann 2002a: 39). Soziale Systeme verfügen über eine Art Gedächtnis. Über Kommunikation bilden sich Strukturen, auf die bei späterer Kommunikation erneut Bezug genommen werden kann (vgl. Luhmann 1998: 576ff.). Die Struktur, die durch die Wissenschaft gebildet wird, ist gesellschaftlich abrufbares Wissen (vgl. Luhmann 1990: 122ff.), während die der Politik die Kapazität zur Generierung kollektiv bindender Entscheidungen ist (vgl. Luhmann 2002a: 86).

Ein zentraler Aspekt der Systemtheorie ist in diesem Kontext, dass soziale Systeme nicht gleichzusetzen sind mit ihrer institutionalisierten Form. Das System der

Wissenschaft meint beispielsweise nicht nur organisierte Forschung an Universitäten oder Forschungseinrichtungen. Zwar machen die institutionalisierten Strukturen einen erheblichen Teil des Wissenschaftssystems aus, jedoch umfasst das System insgesamt die nur als abstrakte Einheit denkbare Gesamtheit aller Kommunikation, die Sinn entlang der Unterscheidung wahr/unwahr strukturiert (vgl. Luhmann 1990: 616ff.). Um Verwechslungen zu vermeiden, wird in dieser Arbeit die organisierte Forschung als *institutionalisierte Wissenschaft* bezeichnet, während die Bezeichnung *Wissenschaft* auf das System der kommunikativen Unterscheidung in wahr/unwahr rekurriert. So würde der Inhalt des eingangs vorgestellten Tweets im Rahmen wissenschaftlicher Kommunikation zwar mit höherer Wahrscheinlichkeit als unwahr behandelt werden, da dies dem Wissen der institutionalisierten Wissenschaft entspricht. Allerdings ist auch die Aussage, dass der Inhalt des Tweets wahr ist, eine wissenschaftliche Aussage im Sinne der Systemtheorie, da sie Sinn in wahr/unwahr unterscheidet. Jede_r ist dieser Bedeutung nach gewissermaßen Wissenschaftler_in (vgl. Luhmann 1990: 349, 625f.). Abstufungen in der Relevanz einzelner Wahrheiten können nur in Hinblick auf ihre Anschlussfähigkeit für weitere wissenschaftliche Kommunikation gemacht werden. Die durch das Wissenschaftssystem gebildeten Strukturen bedingen, dass manche Wahrheiten eine

größere gesellschaftliche Reichweite als andere erhalten, wobei dem Wissen der institutionalisierten Wissenschaft an dieser Stelle eine erhöhte Wirkmacht zukommt (vgl. Luhmann 1990: 346ff.).

Das politische System ist nicht gleichzusetzen mit Institutionen wie der Regierung oder dem Parlament, sondern ebenfalls als abstrakte Einheit zu fassen. Jede Kommunikation, welche in machtüberlegen/machtunterlegen codiert ist, also auf mögliche kollektiv bindende Entscheidungen verweist, ist Teil des politischen Systems (vgl. Luhmann 2002a: 88). Als politische Kommunikation vertritt Trumps Tweet einen besonderen Machtanspruch. Der amtierende US-Präsident findet innerhalb des Systems der politischen Kommunikation als sinnhaft gedachte Einheit statt (vgl. Luhmann 2002a: 375ff.), wobei das Amt, an das seine Person geknüpft ist, innerhalb der Struktur der demokratischen Politik Machtüberlegenheit demonstriert (vgl. Luhmann 2002a: 92). Es handelt sich bei Trumps Tweet deshalb um einen vergleichsweise wirkmächtigen Beitrag zu Entscheidungskapazitäten, die unter anderem gegen die Durchführung von Maßnahmen zum Klimaschutz drängen. Seine Aussage nimmt einen weitaus größeren Einfluss auf politische Entscheidungsfindung, als es dieselbe Aussage einer Person ohne politisches Amt tun würde.

Soziale Systeme unterliegen in ihrem Prozess der kommunikativen Unterscheidung von Sinn dem Prinzip der operativen Geschlossenheit (vgl. Luhmann 1998: 92). Ein System kann seine Existenz ausschließlich aus den eigenen Elementen heraus aufrechterhalten; es kann sich nicht aus fremden Elementen zusammensetzen. Eine kommunikative Unterscheidung ist entweder wissenschaftlich oder politisch. Sie kann niemals beides zugleich sein und es gibt auch keinen direkten Durchweg für eine kommunikative Unterscheidung eines bestimmten Systems in eine kommunikative Unterscheidung eines anderen (vgl. Luhmann 1990: 24). In der Konsequenz dieser Überlegungen sieht Luhmann (1995: 28) die verschiedenen funktionalen Bereiche der Gesellschaft in radikaler Unabhängigkeit bei ihrer Fortsetzung der eigenen Existenz von Moment zu Moment. Dennoch existieren Systeme nicht in kompletter Isolation zu ihrer Umwelt. Ohne eine vom System wahrgenommene Umwelt kann es nicht zu dieser abgegrenzt werden; das System hätte sich folglich gar nicht erst bilden können. Die Art der Beziehung, in denen Systeme zu ihrer Umwelt stehen, nennt Luhmann (1998: 92) *strukturelle Kopplung*. Informationen aus der Umwelt können durch das System selbst selektiv eingeschränkt und innerhalb des Systems gemäß der jeweiligen Operationsweise verarbeitet werden (vgl. Luhmann 1998: 92ff.).

Auch wenn sich das psychische System des menschlichen Bewusstseins in vielerlei Hinsicht von einem sozialen System unterscheidet, lohnt sich ein Vergleich, um ein besseres Verständnis von einer strukturellen Kopplung zwischen zwei sozialen Systemen, wie es ein Informationsaustausch zwischen der Wissenschaft und der Politik darstellen würde, zu entwickeln. So wie Personen, also letztlich deren Bewusstseinsysteme, über Kommunikation die Gedankenwelten anderer Personen indirekt beeinflussen können, kann umgekehrt ebenso die Kommunikation über das menschliche Bewusstsein andere Kommunikation beeinflussen (vgl. Luhmann 1998: 103ff.). Über diesen Umweg kann es zur Übertragung unterschiedlicher Logiken kommen, denn das menschliche Bewusstsein prozessiert Sinn nicht entlang einer binären Codierung, wie soziale Systeme dies tun. Wenn die Wissenschaft eine Wahrheit kommuniziert, die auf politischer Ebene Handlungsbedarf erzeugt, also auf der Seite der Machtüberlegenheit steht, dann nur, weil dieser Zusammenhang im menschlichen Bewusstsein intern erzeugt wird. Genauso wie Personen sich nicht gegenseitig zwingen können, etwas Bestimmtes zu denken, können soziale Systeme nicht direkt auf die Kommunikation anderer Systeme zugreifen. Die Wissenschaft kann eine Kommunikation der Politik als un- wahr verstehen, aber dennoch könnte sie nicht in die Kommunikation der Politik direkt eingreifen (vgl. Luhmann 1998:

105ff.). In zeitlicher Versetzung jedoch kann ein Gedanke, der durch die Unterscheidungsform des Wissenschaftssystems geprägt ist, einen nachfolgenden Gedanken beeinflussen, der politische Implikationen in Gang setzt. Wenn eine Person denkt, dass beispielsweise der Klimawandel ein wahres Problem ist, welches entsprechender politischer Entscheidungen bedarf, tritt eine Kopplung der kommunikativen Systeme der Wissenschaft und Politik ein. Der Mensch ist das Medium des sinnhaften Austauschs von Kommunikation.

Bei der Frage danach, wie sich der konkrete Inhalt des Sinns der Kommunikation, aus der sich soziale Systeme konstituieren, zusammensetzt, folgt die Systemtheorie einem operativ konstruktivistischen Verständnis (vgl. Luhmann 2002b: 14f.). Dies betrifft auch und insbesondere den Sinn der Wahrheit: Für die Systemtheorie ist kommunizierte Wahrheit niemals eine Eigenschaft von Objekten; sie ist nichts, was in der Umwelt der Gesellschaft zu finden wäre (vgl. Luhmann 1990: 173). Gemäß Luhmann (1998: 102) setzt die Existenz von Systemen zwar eine physikalisch funktionierende Umwelt voraus, doch auch dieser Umstand ändert nichts an der Tatsache, dass Umweltzustände nicht direkt im System abgebildet werden können. Auch wenn die Umwelt der Gesellschaft den sinnhaften Inhalt der Wahrheit zweifelsohne prägt, können Umweltbedingungen von Systemen nur

in Form von Beobachtungen innerhalb der systemeigenen Prozesse erfasst werden. Sinnzuschreibungen, also auch Sachverhalte, die wahr oder unwahr sein sollen, sind ohne eine dazugehörige Beobachterposition nicht denkbar (vgl. Hüllemann 2007: 37ff.). Der Begriff der Wahrheit, verstanden als Produkt der operativen Unterscheidung von Sinn in wahr/unwahr, lässt sich dabei von einer anderen, basaleren Form der Wahrheit abgrenzen, welche nicht von postfaktischer Politik ausgeklammert werden kann. Die Beobachtung selbst ist im Moment ihres operativen Vollzugs, also während gerade beobachtet wird, nicht in der Lage, zwischen wahr und unwahr zu unterscheiden; sie ist immer „wahr“ (vgl. Luhmann 1990: 84f.). Man kann nicht im Moment der Beobachtung zugleich davon ausgehen, dass das, was man beobachtet, nicht wahrhaftig sein würde. Da die gegenseitige Anerkennung der Wahrheit des operativen Vollzugs von Beobachtungen Voraussetzung für das Zustandekommen von Kommunikation ist, wird diese Form der Wahrheit von der postfaktischen Kommunikation innerhalb des politischen Systems nicht effektiv in Frage gestellt. Diese Wahrheit erster Ordnung ist nicht Teil des Problems postfaktischer Politik. Wenn im Kontext postfaktischer Politik von Wahrheit die Rede ist, dann ist die Wahrheit zweiter Ordnung gemeint. Die Wahrheit zweiter Ordnung kann erst entstehen, wenn eine Beobachterposition eine rekursive Kopplung an Sinnstrukturen

vornimmt, also eine andere Beobachterposition beobachtet (vgl. Luhmann 1990: 169f.). Hier kann entschieden werden, ob das Beobachtete wahr oder unwahr ist. Diese Form der Wahrheit entsteht, wie oben beschrieben, aus der kommunikativen Unterscheidung des Systems der Wissenschaft in wahr/unwahr.

Aus diesen Überlegungen resultiert die für die Untersuchung des Phänomens der postfaktischen Politik relevante Erkenntnis, dass im Grunde keine *Fakten* in der Form existieren, wie der Begriff im Allgemeinen verstanden wird. Da Wahrheit ohne Beobachterposition gemäß der Systemtheorie gar nicht denkbar ist, aber ein Fakt beobachterunabhängigen Wahrheitsgehalt beansprucht, hat die Idee der Faktizität und somit auch der Postfaktizität in diesem theoretischen Kontext eigentlich keinen Platz. Das untersuchte Phänomen lässt sich dennoch innerhalb der Systemtheorie verorten. Es ergibt sich eine Beschreibung postfaktischer Kommunikation im Allgemeinen und postfaktischer Politik im Speziellen, die von der verbreiteten Vorstellung, welche das Vorhandensein und die Möglichkeit der Beschreibung von beobachterunabhängig vorhandener Faktizität annimmt, etwas abweicht. Der sinnhafte Inhalt postfaktischer Kommunikation kann nicht objektiv unwahr sein, vielmehr ist postfaktische Kommunikation überhaupt nicht an der Wahrheit als Unterscheidungsform orientiert. Sie versteht sich

selbst also weder als wahr noch als unwahr. Postfaktische Kommunikation bezeichnet ein spezielles Kopplungsverhältnis und ist nicht auf die Politik reduziert, im Allgemeinen stellt sie auch keineswegs ein neues Phänomen dar. So sind zum Beispiel massenmedial verbreitete Unterhaltungsformate oftmals offen postfaktisch in dem Sinne, dass sie nicht auf Wahrheit rekurren (vgl. Luhmann 2002b: 104f.). Irritation ergibt sich allerdings daraus, dass diese, von der Wahrheit entkoppelte Kommunikation vermehrt in der Politik auftritt und hier Gehör findet.

Die strukturelle Kopplung von Politik/Macht und Wissenschaft/Wahrheit

Nachdem der begriffliche Rahmen abgesteckt wurde, sollen an dieser Stelle die konkreten Formen der strukturellen Kopplung zwischen Wissenschaft/Wahrheit und Politik/Macht erläutert werden. Grundsätzlich befinden sich Politik und Wissenschaft in einem Zustand enger gegenseitiger Verzahnung. Wahrheit, insbesondere die der institutionalisierten Wissenschaft, ist nach wie vor ein entscheidender Faktor des politischen Geschehens. Die Politik orientiert sich bei kollektiv bindenden Entscheidungen an als wahr bewerteten Sachverhalten (vgl. Luhmann 2002a: 77). Sie sucht den Rat der institutionalisierten Wissenschaft,

um die Entscheidungsführung zu lenken, etwa mit der Installation von beratenden Expert_innen (vgl. Luhmann 2002a: 393ff.). Die Orientierung der Politik an dem, was allgemein als Wahrheit bekannt ist, ist dabei beinahe selbstverständlich. Die Einflussnahme verläuft dabei jedoch nicht nur seitens der Wissenschaft in Richtung der Politik; denn was als Wahrheit gilt, wird auf der anderen Seite durch politische Machtansprüche geprägt. Vogelmann (2018: 35) nennt dies „interconnectedness of epistemic and political struggles“ – eine wechselseitige Verbundenheit bei der Konstitution der Formen von Wahrheit und Macht. Aus der Perspektive des politischen Systems kann das Pochen auf Wahrheit eine wirksame Methode sein, um Macht aufrechtzuerhalten (vgl. Luhmann 2002a: 92). Umgekehrt beeinflussen Machtansprüche die Entstehung von Wahrheit, indem Forschenden bewusst sein kann, dass bestimmte Wahrheiten bei der Aufrechterhaltung von Machtansprüchen behilflich sind. Die Entscheidung darüber, was erforscht und somit potenziell zur wirkmächtigen Wahrheit werden könnte, beinhaltet immer eine politische Dimension (vgl. Merton 1985: 90ff.). Zudem ist die organisierte Wissenschaft wie jede Organisation politisch. Wo Menschen in Absprache miteinander kollektiv bindende Entscheidungen treffen müssen, findet Politik statt (vgl. Luhmann 1975: 12f.). Dass entschieden werden muss, wer an der Universität welches Amt bekleiden

soll und wie welche Gelder verteilt werden, veranschaulicht, dass die konkrete Form, die Wahrheit annimmt, auch durch politische Entscheidungen geprägt wird. Wahrheit entsteht in Beeinflussung durch Politik und Macht in kontingenter Weise aus sich selbst heraus, um dann wiederum Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Trotz der starken wechselseitigen Beeinflussung von Politik/Macht und Wissenschaft/Wahrheit sind die den beiden Systemen zugrundeliegenden Logiken nicht direkt ineinander übertragbar. Für Bewusstseinssysteme mag es schwierig bis unmöglich erscheinen, Macht und Wahrheit getrennt zu denken. Auf der Ebene der Kommunikation sozialer Systeme ist die Trennung der Unterscheidungsformen hingegen eine Bedingung der Existenz (vgl. Luhmann 1998: 94f.). Weil Wahrheit und Politik auf dieser Ebene nicht ineinander übersetzbar sind, kann Wahrheit innerhalb der Politik keine universell gültige Orientierungshilfe sein (vgl. Vogelmann 2018: 34). Die direkte Übertragung von Wahrheit in politische Maßnahmen ist insbesondere dann eingeschränkt, wenn im Hinblick auf eine anstehende Entscheidung konkurrierendes Wissen vorliegt. Für das System der Wissenschaft stellt es kein Problem dar, dass einzelne Wahrheiten nicht konkurrenzlos sind. Die Funktionalität ist dadurch nicht eingeschränkt (vgl. Luhmann 1990: 626ff.). Die Politik steht allerdings vor einem Problem, sobald

unterschiedliche Wahrheitsdeutungen in ihre Sphäre gelangen. Es gibt keine Hierarchisierung von Wahrheiten durch das Wissenschaftssystem. Was wahr ist, ist wahr. Da in diesem Fall die politische Entscheidungsfindung nicht effektiv an der Wahrheit orientiert sein kann, behilft sich das politische System mit der Transformation von Wahrheit in *Meinung* (vgl. Vogelmann 2018: 34f.). Meinung ist dabei nichts anderes als politisch bearbeitbar gemachte Wahrheit. Meinungen können innerhalb politischer Kommunikation im direkten Widerspruch zueinander stehen, beanspruchen daher aber auch keine universelle Gültigkeit. Das politische System hat so Strukturen entwickelt, die es ermöglichen, aus widersprüchlichen Wahrheitsdeutungen der Wissenschaft kommunikativ Entscheidungen zu generieren. Erkenntnisse der institutionalisierten Wissenschaft entstehen unter besonderen kontrollierten Bedingungen und sind deswegen ursprünglich gegen den Vorwurf geschützt, bloße Meinung zu sein. Solange keine widersprüchlichen Erkenntnisse aus der institutionalisierten Wissenschaft selbst kommuniziert werden, kann eine besondere politische Wirkmacht entfaltet werden. Mit wachsender Komplexität des wissenschaftlichen Systems insgesamt, wachsendem Pluralismus der Erkenntnisse aus dem institutionalisierten Bereich und einem daraus resultierenden Bewusstsein dafür, dass die institutionalisierte Wissenschaft sich irren kann (vgl.

Beck 1986: 35f.), wird auch diese Form der Wahrheit in der Sphäre der Politik immer öfter zur Meinung transformiert. Die wissenschaftliche Kommunikation büßt ihren Einfluss ein, weil der Bezug auf Wahrheit ab einem gewissen Punkt der Komplexität für die Politik nicht mehr funktional ist. So kann beispielsweise auch Donald Trumps Aussage, die Chines_innen hätten den Klimawandel erfunden, politisch anschlussfähig sein, obwohl sie Erkenntnisse der institutionalisierten Wissenschaft ignoriert. Dass für Trump in seiner Funktion als Politiker wissenschaftliche Erkenntnisse tatsächlich nicht mehr als Meinungen sind, lässt sich an dieser Stelle beobachten.

Ein weiterer Tweet von Trump zeigt auf, dass dies alles nicht nur aus theoretischer Perspektive beobachtet werden kann, sondern dass dies bereits in Teilen dem politischen Selbstverständnis entspricht. Im Kontext des Irankonflikts schrieb der Präsident im Mai 2019 über eine Verhandlungsrunde mit anderen Politiker_innen der US-Regierung, dass dort zwar verschiedene Meinungen zum Ausdruck gebracht wurden, er es jedoch selbst sei, der am Ende eine für alle verbindliche Entscheidung treffen werde: „It is a very simple process“ (Trump 2019). Eine Selbstbeschreibung von Trumps Regierungsstil, dem beinahe ein systemtheoretisches Verständnis zugrunde liegen könnte, wengleich in einer zynischen Auslegung. Meinungen

(und nicht Wahrheit) mögen zwar Teil herkömmlicher Politik sein, am Ende entscheidet jedoch der_diejenige, der_die dazu ermächtigt ist. Der sinnhafte Inhalt der verschiedenen Meinungen ist nicht Teil der Information. Ihm wird an dieser Stelle keine Relevanz beigemessen.

Die partielle Entkopplung von politischer Kommunikation und Wahrheit

Postfaktische Politik geht noch einen Schritt weiter, als lediglich Wahrheit in Meinung zu transformieren. Als Ursache dafür, dass postfaktische Kommunikation innerhalb der politischen Sphäre die sie beobachtende Wissenschaft vor Verständnisschwierigkeiten stellt, wurde von Silke van Dyk (2017) in Anschluss an Harry Frankfurt (2014) bereits identifiziert, dass das Phänomen eine zuvor unbekannte Qualität im Vergleich zu bekannten Formen der politischen Falschaussage mit sich bringt. Politische Kommunikation wie Trumps Tweet orientiert sich grundsätzlich nicht an der Wahrheit. Für eine postfaktische Kommunikation spielt der Wahrheitsgehalt schlicht keine Rolle. Postfaktische Politik zeichnet sich, wie es für Politik üblich ist, dadurch aus, dass sie Sinn entlang der Unterscheidung Machtüberlegenheit/Machtunterlegenheit codiert und zur Kapazität kollektiv bindender Entscheidung beiträgt. Im Unterschied ist

sie jedoch komplett entkoppelt von der sinnhaften Unterscheidung der Wahrheit (vgl. Frankfurt 2014: 41). Es ist aus der Perspektive politischer Kommunikation nicht relevant, ob die Aussage über den verschwörerischen Ursprung des Klimawandels von irgendjemandem (Urheber_innen eingeschlossen) geglaubt wird oder nicht. Solange die Kommunikation zum Erhalt oder gar Ausbau von politischer Macht beiträgt, erweist sie sich im Sinne der Politik als funktional (vgl. Luhmann 2002a: 81ff.). Diese Funktionalität kann postfaktische Politik offensichtlich beanspruchen, denn Donald Trump ist nach wie vor Präsident, obwohl der Strom seiner Aussagen mit zumindest fragwürdigem Wahrheitsgehalt nicht abreißt (vgl. Trump Twitter Archive 2019).

Postfaktische Politik ist jedoch nicht mit populistischer Politik gleichzusetzen. Die Vermengung der beiden Begriffe erschwert eine trennscharfe Untersuchung. Postfaktische Politik ist nicht zwangsläufig populistisch und Populismus ist nicht immer postfaktisch. Tatsächlich ist nicht die komplette Politik um Donald Trump postfaktisch aufgebaut, obwohl sie insgesamt populistisch ist (vgl. Judis 2016). Eine besondere Stärke seiner Regierung ist es, dass auf die sinnhafte Unterscheidung in wahr/unwahr nur Bezug genommen wird, wenn dies dem politischen Machtgewinn zuträglich sein soll (vgl. Müller 2017: 124ff.). So steht ein größerer Spielraum an

” Für eine postfaktische Kommunikation spielt der Wahrheitsgehalt schlicht keine Rolle.

kommunikativ durchführbaren Manövern zu Verfügung als bei nicht-postfaktischer Politik.

In der kompletten Entkopplung einzelner politischer Operationen von der sinnhaften Unterscheidungsform der Wahrheit liegt auch der zentrale Unterschied zur klassischen Lüge, welche in der Politik vor dem Hintergrund des versuchten Machtgewinns seit jeher praktiziert wird. Eine Lüge funktioniert im politischen Sinne nur, wenn ihr sinnhafter Inhalt als wahr angenommen wird, obwohl er unwahr ist. Wird sie enttarnt, verliert sie ihre Anschlussfähigkeit für weitere politische Kommunikation. Sie dient im Falle ihres Scheiterns nicht zur Erhaltung politischer Macht (vgl. van Dyk 2017: 350). Die Kommunikationsform der Lüge ist explizit nicht postfaktisch im hier verstandenen Sinn, denn sie bezieht sich auf die Unterscheidung wahr/unwahr, wenn auch in umgekehrter Form. Eine Lüge *weiß*, dass sie unwahr ist, wohingegen eine postfaktische Aussage gar nicht *weiß*, was Wahrheit überhaupt bedeutet. Gerade weil postfaktische Kommunikation im Kern keine Lüge ist, funktioniert sie, obwohl sie für Beobachter_innen,

welche die Unterscheidung wahr/unwahr an sie herantragen, wie eine besonders dreiste Lüge erscheint. Nun mag es zwar sein, dass Donald Trump weiß, dass die Chines_innen nicht den Klimawandel erfunden haben. Dies spielt allerdings vor dem Hintergrund globaler politischer Kommunikation keine Rolle, denn die Aussage steht in diesem Kontext für sich selbst. Postfaktische Politik lässt sich weder exklusiv an den urhebenden noch an den rezipierenden Personen festmachen, sondern ist auf Ebene der Kommunikation als Einheit von Mitteilung, Information und Verstehen zu verorten (vgl. Luhmann 1998: 190). Entscheidend dabei ist, ob die politische Kommunikation vor dem Hintergrund des politischen Machterhalts funktioniert. Gelingt sie in diesem Sinne, ist sie auf kommunikativer Ebene von der Wahrheit als Unterscheidungsform entkoppelt. Würde die Kommunikation als Lüge verstanden und somit an die Wahrheit als Unterscheidungsform gekoppelt werden, müsste sie aufgrund der Strukturen der demokratischen Politik zwingend zu Machtverlust führen (vgl. van Dyk 2017: 353; Noetzel 1995: 28). Für beobachtende Systeme, welche die Unterscheidung in wahr/unwahr verwenden, können dann Trumps politische Aussagen so offensichtlich unwahr sein, dass sie sofort als Falschaussage enttarnt werden. Da Trumps Politik postfaktisch ist und nicht auf traditionellen Lügen basiert, kann sie dennoch ihre politische Wirkmacht entfalten.

Politik braucht keine Wahrheit: Kontingenz der strukturellen Kopplung

Trotz vielfältiger Erkenntnisse kann dem zentralen Unverständnis nur Stück für Stück entgegengekommen werden, wird doch sowohl von Vogelmann (2018) als auch von van Dyk (2017) implizit vorausgesetzt, dass politische Kommunikation zumindest im Normalfall immer an wissenschaftliche Kommunikation gekoppelt ist. Die Implikation zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten, die sich mit der Thematik befassen, ist, dass die Politik der Wahrheit auf nicht näher ausgeführte Weise verpflichtet sei. Dies ist jedoch nach dem funktional-strukturellen Verständnis der Systemtheorie keineswegs der Fall (vgl. Luhmann 1970: 113f.). Politik und Wissenschaft operieren in radikaler Unabhängigkeit voneinander und eine Kopplung erfolgt nur dann, wenn sie sich als funktional erweist, also zum Erhalt des jeweiligen Systems dient. Kommunikation, wie die erwähnten Tweets von Donald Trump, hat zur Folge, dass die Kontingenz dieser Kopplung selbst sichtbar wird. Der US-Präsident widerspricht nicht nur wissenschaftlichen Erkenntnissen, vielmehr signalisiert er, dass die Unterscheidungsform der Wissenschaft in wahr/unwahr für ihn in seiner Politik keine vorrangige Rolle spielt. Er verkörpert eine Form der Politik, die nicht nur auf wissenschaftliche Erkenntnisse verzichten kann, wenn diese

nicht passen, sondern ein System, welches gänzlich von der Wahrheit losgelöst ist.

Die Bedingung dieser Möglichkeit ist in den Voraussetzungen für Systembildung zu suchen. An erster Stelle müssen Systeme dazu in der Lage sein, externe Komplexität durch den Aufbau interner Komplexität aus sich selbst heraus abzubauen (vgl. Luhmann 1998: 135ff.). Dies geschieht durch den internen Aufbau von Sinnstrukturen, welche in kontingenter Weise entstehen. Auch psychische Systeme können erst so existieren, denn erst so kann das Bewusstsein in der Lage sein, Realität zu prozessieren (vgl. Luhmann 1970: 116f.; 123ff.). Die einzelnen sozialen Systeme bilden sich dabei stets in der Folge spezieller funktionaler Anforderungen, welche sich im Fall der Wissenschaft und Politik bereits in einem frühen Stadium der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung ergaben. Ab dem Zeitpunkt, ab dem es zu einem sozialen Miteinander kommt, für welches noch nicht einmal Sprache benötigt wird, bildet sich Macht als Resultat derartiger funktionaler Anforderungen. Sobald mehrere Menschen aufeinander angewiesen sind, bedarf es der Bildung von Kapazitäten für kollektiv bindende Entscheidungen, mag dies selbst das gewaltsame Austragen von Konflikten sein. Anschließend differenzierte sich nach und nach ein eigenständiges System politischer Kommunikation aus (vgl. Luhmann 2002a: 41). Dass die operative Schließung der Politik vollzogen

wurde, weil verschiedene Wissensbestände Machtproben auf den Plan riefen (vgl. Luhmann 2002a: 77), zeigt, welche lange Historie die enge, wechselseitige Beziehung von Macht und Wahrheit hat. Gleichermassen lässt sich die Entstehung der Wahrheit (der zweiten Ordnung) selbst als kontingent fassen. Sie ermöglichte es, in günstige und ungünstige Situationen zu differenzieren. Wahrheit erhöht auf basaler Ebene die Effizienz der Fähigkeit, Komplexität zu reduzieren. Die Ausbildung einer abgeschlossenen Sphäre wissenschaftlicher Kommunikation sichert die Produktion von Strukturen, welche Wiederholbarkeit und Erwartbarkeit ermöglichen (vgl. Luhmann 1990: 168). Seitdem die Politik existiert, werden kollektive Entscheidungen unter Berufung auf Wahrheit legitimiert. Der Grund dafür ist jedoch nicht, dass dies zwangsläufig so sein muss, sondern dass die Wahrheit für die Politik in hohem Maße funktional ist. Aus der Perspektive der Politik ist es im Hinblick auf die Erhaltung der eigenen Existenz zielführend, auf Wahrheit zu rekurrieren. Dass die Logik der Kopplung von Wahrheit und Politik nach wie vor für viele unverzichtbar ist, belegt diese Aussage lediglich. Damit die Politik ein funktionsfähiges System bildet, muss sie in der Lage sein, kollektiv bindende Entscheidungen zu vermitteln. Wie sie diese legitimiert, ist aus der Perspektive des politischen Systems selbst nicht relevant. Entscheidend ist nur, dass dies effektiv geschieht (vgl. Luhmann 2002a: 58).

” [D]as politische System [hat] mit der Integration der Unterscheidungsform wahr/unwahr in seine Prozesse Probleme auf funktioneller Ebene.

Was geschieht nun in einer Zeit, in der Wahrheit zunehmend komplexer wird? Die institutionalisierte Wissenschaft widerspricht sich im Zuge ihrer Ausdifferenzierung in ihren Ergebnissen mit steigender Frequenz selbst, wodurch wissenschaftliches Wissen in der politischen Sphäre immer öfter zu einer Meinung unter vielen transformiert wird (vgl. Beck 1986: 38ff.). Durch das Internet unterliegen die epistemischen Bedingungen der Medienlandschaft einem starken Wandel (vgl. Hendricks/Vestergaard 2019: 63ff.); es steigt das gesellschaftliche Bewusstsein dafür, dass gerade bei medial vermittelter Information mit politischen Implikationen niemals Sicherheit bezüglich des Wahrheitsgehalts bestehen kann (vgl. Baudrillard 1978: 29). Zentrale Impulse der institutionalisierten Wissenschaft an die Politik können nur von Expert_innen nachvollzogen werden (vgl. Beck 1986: 29ff.), was die daraus eigentlich resultierenden Handlungserfordernisse schwer vermittelbar macht. Letzteres trifft insbesondere auf den von Donald Trump oft in Frage gestellten, aber durch die institutionalisierte Wissenschaft gut erforschten Klimawandel zu. Die Wahrheit verliert ihre Funktionalität für die Politik, denn die

Politik muss auch entscheiden, wo unklare epistemische Verhältnisse herrschen (vgl. Luhmann 2002a: 41). Derartige Situationen ergeben sich im Rahmen steigender Komplexität in der Folge allgemeiner gesellschaftlicher Ausdifferenzierung und der Ausdifferenzierung der Wissenschaft im Speziellen. Innerhalb der Sphäre der politischen Kommunikation entsteht dann eine Form der Frustration darüber, dass Möglichkeiten zur Entscheidungsfindung blockiert sind. Es muss sich an anderen Orientierungspunkten ausgerichtet werden, denn eine Sache muss die Politik durchgängig tun: Sie muss kollektiv bindende Entscheidungen fällen.

Über die Reichweite der Entkopplung

Nachdem dargelegt wurde, dass die strukturelle Kopplung zwischen Wahrheit und Politik grundsätzlich kontingent ist, lässt sich erkennen, warum postfaktische Kommunikation funktionieren kann. Donald Trumps Politik ist ein Symptom dafür, dass das politische System mit der Integration der Unterscheidungsform wahr/unwahr in seine Prozesse Probleme auf funktioneller

Ebene hat. Für die Legitimierung politischer Entscheidungen erweist sich postfaktische Kommunikation nur deshalb als funktional, weil durch gesellschaftliche Ausdifferenzierung entstandene Lücken in der Struktur politischer Macht auf andere Weise geschlossen werden müssen. Diese Leerstellen können auf keinen Fall mit einer stark wahrheitsbezogenen Politik geschlossen werden, da sie aus den Problemen der Anwendbarkeit von Wahrheit auf politische Kommunikation erst resultieren. Ein genereller Rückzug der Politik in ihre eigene Logik ist dennoch nicht zu erwarten. Ein politisches System, welches Machtüberlegenheit lediglich dadurch legitimiert, dass Entscheidungen eben getroffen werden müssen, würde rasch auf Widerstand stoßen. Ohne Bindung an seine Umwelt können sich die Strukturen des Systems nicht an sich wechselnde Bedingungen anpassen. Zumindest die demokratische Politik braucht langfristig gesehen externe Bezugspunkte außerhalb der Macht selbst, nur muss dies nicht immer zwangsläufig die Wahrheit sein (vgl. Luhmann 1998: 92ff.). Ein Beispiel für einen möglichen Bezugspunkt wäre die Kopplung an eine künstlerische Logik, die Macht daran orientiert, was besonders interessant erscheint (vgl. Luhmann 2002c: 307ff.). Dies spielt sicherlich auch im Hinblick auf die Trump-Administration eine besondere Rolle, denn gerade Trumps unkonventionelles Auftreten beschert ihm in gewissen Kreisen große Sympathien.

In seiner gegenwärtigen strukturellen Beschaffenheit ist das politische System jedoch nach wie vor an die Wissenschaft gekoppelt und in der aktuellen Form seiner Existenz gar von ihr abhängig (vgl. Luhmann 2002a: 91). Die Politik kann sich nicht einfach von der Wahrheit als Referenzkategorie verabschieden, wie es die idealtypische postfaktische Politik in den Raum stellt. Dies würde gravierende strukturelle Veränderungen voraussetzen.

Affekttheoretische Untersuchungen legen zudem nahe, dass postfaktische Politik nicht zu einer grundsätzlichen Entkopplung von Wahrheit und Politik führt, sondern vielmehr die Einflussstärken der Systemlogiken aufeinander verändert. Der Inhalt von Trumps Tweets etwa ist keineswegs beliebig, er verweist auf eine operative Wahrheit der ersten Ordnung, welche sich hinter dem rein semantischen Sinn verbirgt. Die Wahrheit der Machtüberlegenheit der eigenen politischen Position wird trotz Entkopplung von der Wahrheit der zweiten Ordnung transportiert. Wenn seitens der Trump-Regierung behauptet wird, dass Barack Obama den islamischen Staat gegründet hätte (vgl. van Dyk 2017: 347), dann verbleibt trotz der Ignoranz gegenüber der eigentlichen Unterscheidungsform in wahr/unwahr eine Information, die den Anspruch erhebt, wahr zu sein im Sinne einer Wahrheit der Machtüberlegenheit. Barack Obama und die Politik, für die er steht, stehen

gemäß dieser Aussage auf der Seite der Machtunterlegenheit, ohne dass dies weiter begründet wird. Auf diese Weise entstehen politische Identitäten ungeachtet traditioneller Logik (vgl. Mühlhoff 2018). Dies kann in der Folge Einfluss auf das System der Wissenschaft nehmen. Obwohl Trumps Aussagen ursprünglich nicht den Anspruch erheben, wahr zu sein, sondern lediglich machtüberlegen, können sie aus ihrer politischen Motivation heraus doch zu Wahrheit werden. Wenn eine Person aufgrund der politischen Kommunikation der Trump-Regierung tatsächlich glaubt, dass es wahr sei, dass Obama den IS gegründet oder dass die Chines_innen den Klimawandel erfunden hätten, dann orientiert sich Wahrheit an Politik und nicht umgekehrt. Postfaktische Politik produziert Machtüberlegenheit und kann in der Folge innerhalb des menschlichen Bewusstseins über strukturelle Kopplung Einfluss auf Wahrheit und das System der Wissenschaft im systemtheoretischen Sinn nehmen. Die komplette Entkopplung von Politik und Wahrheit erfolgt dementsprechend tatsächlich nur für den Moment der Kommunikation selbst. In einem politischen System, in welchem zwar die Orientierung der Politik an der Wissenschaft, nicht aber der grundsätzliche Zusammenhang der Logiken in Frage gestellt wurde, ist vorerst nicht damit zu rechnen, dass die politische Kommunikation immer postfaktischer wird. Solange ein Wechselverhältnis zwischen Politik und

Wahrheit in starker Ausprägung besteht, kann die Falschaussage, ganz gleich ob postfaktisch oder als Lüge, als politisches Manöver nur funktionieren, solange sie die Ausnahme bleibt (vgl. Noetzel 1995: 30). Eine Beliebigkeit der strukturellen Kopplung würde die Systeme überlasten und erscheint demzufolge in keiner Weise funktional.

Eine Umkehrung der Entwicklung ist auf der anderen Seite ebenso unwahrscheinlich. Die gesteigerte Komplexität des Wissenschaftssystems lässt sich nicht rückgängig machen und die damit einhergehende, sinkende funktionale Nutzbarkeit für die Politik muss kompensiert werden. Daher ist auch in Zukunft vorerst mit vermehrter postfaktischer Kommunikation innerhalb des politischen Systems zu rechnen. Auch andere gesellschaftliche Bereiche, die wie selbstverständlich an die Unterscheidungsform der Wahrheit gekoppelt sind, können diese Entwicklung nicht aufhalten. So geriet Donald Trump mit der Justiz in Konflikt, da eine Einmischung russischer Politik in den US-Wahlkampf, aus dem Trump als Sieger hervorging, vermutet wurde. Nach den Vorgängen befragt, antwortete Trump immer wieder: „I do not recall“, „I do not remember“ oder auch „I have no recollection“ (Post Graphics 2019) – Trump erinnert sich an nichts, er weiß nichts und will auch gar nichts wissen. Es ist nicht überraschend, dass im Zuge eines gerichtlichen Ermittlungsverfahrens nicht

”

Die Wahrheit selbst verliert an gesellschaftlicher Wirkmacht, da sie durch Überkomplexität weniger funktional vor dem Hintergrund ihrer Anwendbarkeit auf andere Systemlogiken ist.

immer die Wahrheit gesagt wird, wenn diese belastend wäre. Es fällt dennoch auf, dass der US-Präsident sich auch hier nicht an der Unterscheidungsform der Wahrheit orientieren will. Er könnte auch behaupten, dass die Anschuldigungen gegen ihn unwahr seien. Stattdessen zeigt sich einmal mehr, dass es nicht weniger als die Machtverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Funktionssystemen sind, die im Rahmen der erstarkten postfaktischen Politik ins Wanken gebracht wurden. Die Wahrheit selbst verliert an gesellschaftlicher Wirkmacht, da sie durch Überkomplexität weniger funktional vor dem Hintergrund ihrer Anwendbarkeit auf andere Systemlogiken ist.

LITERATUR

Arendt, Hannah (2006): *Between Past and Future*. London: Penguin.

Baudrillard, Jean (1978): *Agonie des Realen*. Berlin: Merve.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Frankfurt, Harry (2014): *Bullshit*. Berlin: Suhrkamp.

Hendricks, Vincent/Vestergaard, Mads (2019): *Reality Lost. Markets of Attention, Misinformation and Manipulation*. Cham: Springer.

Hüllemann, Nico (2007): *Vertrauen ist gut – Marke ist besser. Eine Einführung in die Systemtheorie der Marke*. Heidelberg: Carl Auer.

Judis, John (2016): *The Populist Explosion: How the Great Recession Transformed American and European Politics*. New York: Columbia Global Reports.

Luhmann, Niklas (1970): *Soziologische Aufklärung 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. Opladen: Springer VS.

Luhmann, Niklas (1975): *Soziologische Aufklärung 2: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. Opladen: Springer VS.

Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1990): *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1995): *Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch*. Opladen: Springer VS.

Luhmann, Niklas (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (2002a): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (2002b): Die Realität der Massenmedien. Opladen: Springer VS.

Luhmann, Niklas (2002c): Die Kunst der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Merton, Robert (1985): Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen: Aufsätze zur Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mühlhoff, Rainer (2018): Affekte der Wahrheit. Über autoritäre Sensitivitäten von der Aufklärung bis 4Chan, Trump und der Alt-Right. In: Behemoth Jg. 11/2, S. 74-95.

Müller, Jan-Werner (2017): Fake Volk? Über Wahrheit und Lüge im populistischen Sinne. In: Nassehi, Armin/Felixberger, Peter (Hrsg.): Kursbuch 189: Lauter Lügen, S. 113-128.

Noetzel, Thomas (1995): Wird in der Politik gelogen? In: Transparent fragwürdig Jg. 10, S. 26-40.

Paulo, Norbert (2018): Die Rationalität postfaktischen Denkens. In: Behemoth Jg. 11/2, S. 55-73.

van Dyk, Silke (2017): Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik. In: PROKLA Jg. 188/3, S. 347-367.

Vogelmann, Frieder (2018): The Problem of Post-Truth. Rethinking the Relationship between Truth and Politics. In: Behemoth Jg. 11/2, S. 18-37.

ONLINEQUELLEN

Trump, Donald [realDonaldTrump] (06.11.2012): The concept of global warming was created by and for the Chinese in order to make U.S. manufacturing non-competitive. Online verfügbar unter Twitter, <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/265895292191248385?lang=de> (26.06.2019).

Trump, Donald [realDonaldTrump] (15.05.2019): ...Different opinions are expressed and I make a decisive and

final decision - it is a very simple process. All sides, views, and policies are covered. I'm sure that Iran will want to talk soon. Online verfügbar unter Twitter, <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/1128739521753907202> (26.06.2019).

Post Graphics [PostGraphics] (18.04.2019): "I do not remember." "I do not recall." "I have no recollection." These are some of President Trump's written responses to the Special Counsel's questions about Russian interference. We're counting mentions of key names and phrases in Mueller's report: <https://wapo.st/2XiuDmi>. Online verfügbar unter Twitter, <https://twitter.com/PostGraphics/status/1118991529270493190> (26.06.2019).

Trump Twitter Archive (2019): Trump Twitter Archive. Online verfügbar unter Trump Twitter Archive, <http://www.trumptwitterarchive.com/archive> (26.06.2019).

ZUM AUTOR

Nils Haacke, 26, studiert im 5. Fachsemester Soziologie im Master an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Zu seinen Interessensgebieten gehören neben Niklas Luhmanns Systemtheorie und dem Phänomen der postfaktischen Politik vor allen Dingen medien- und kultursoziologische Themen.

Der Beitrag wurde redaktionell betreut, gereviewt und lektoriert von **Hendrik Erz**, **Andreas Schulz**, **Cathrin Mund** und **Tanja Strukelj**.